

IKT-Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter der Volksanwaltschaft

In der Volksanwaltschaft wird mit 1. April 2019 die Planstelle einer IKT-Mitarbeiterin bzw. eines IKT-Mitarbeiters besetzt.

Wertigkeit/Einstufung:	A3/5 bzw v3/4
Dienststelle:	Volksanwaltschaft
Dienstort:	Wien
Vertragsart:	Befristet/Unbefristet
Befristung:	
Beschäftigungsausmaß:	Vollzeit
Beginn der Tätigkeit:	01.04.2019
Ende der Bewerbungsfrist:	20.02.2019
Monatsentgelt/bezug mindestens:	€ 1.771,10 in A3/A bzw. € 1.798,90 in v3/A
Referenzcode:	VA-19-0005

Aufgaben und Tätigkeiten

Administration und Betreuung der IT-Benutzerinnen und Benutzer (Windows, Office, ELAK, SW-Installationen), selbstständige Behebung kleiner EDV-Störungen, Kontaktaufnahme mit Produktbetreuern bei größeren Fehlern, Reporting, Statistik, Betreuung der Tonanlage bei Veranstaltungen

Erfordernisse

Neben der österreichischen Staatsbürgerschaft oder einem unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt, den sonstigen allgemeinen Voraussetzungen gem. § 3 VBG und bei männlichen Bewerbern abgeleiteter Grundwehr- bzw. Zivildienst im Fall der Tauglichkeit werden folgende Kenntnisse und Fähigkeiten erwartet:

- Erfahrung mit Microsoft Windows und Office Produkten, insbesondere ausgezeichnete Word- und Excel-Kenntnisse - 25 %
- Grundkenntnisse von Vorteil in: Fabasoft eGov-Suite (Elak im Bund), Mobile Devices (iPhone), SIB-Telefonie, HV-SAP und PM-SAP - 20 %
- allgemeines Basiswissen über Netzwerke - 10 %
- Flexibilität vor allem bei kurzfristig übertragenen Aufgaben und Belastbarkeit - 10 %
- Verantwortungsbewusstsein und Eigenverantwortlichkeit bei Durchführung der übertragenen Aufgaben - 10 %

- Genauigkeit und Verlässlichkeit - 10 %
- soziale Kompetenz und Teamfähigkeit - 10 %
- Fähigkeit zu selbstständigem Arbeiten - 5 %

Gleichbehandlungsklausel

Der Bund ist bemüht, den Anteil von Frauen zu erhöhen und lädt daher nachdrücklich Frauen zur Bewerbung ein. Nach § 11b bzw. § 11c des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes werden unter den dort angeführten Voraussetzungen Bewerberinnen, die gleich geeignet sind wie der bestgeeignete Bewerber, bei der Aufnahme in den Bundesdienst bzw. bei der Betrauung mit der Funktion bevorzugt.

Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges

Mit der Bewerbung erklären sich die Bewerberinnen und Bewerber bereit, sich einem Aufnahmeverfahren gem. Ausschreibungsgesetz zu unterziehen.

Die Planstelle ist in A3/5 bzw. v3/4 bewertet. Der Monatsbezug in A3/5 beträgt € 1.946,90 brutto und in v3/4 € 2.130,- brutto (jeweils erste Gehalts-/Entlohnungsstufe). Während der zweijährigen Ausbildungsphase bzw. solange die für diesen Arbeitsplatz gewünschten Kenntnisse und Fähigkeiten nicht erfüllt sind, ist der Monatsbezug / das Monatsentgelt niedriger, zumindest in A3/A € 1.771,10 und in v3/A 1.789,90. Er/es erhöht sich eventuell auf Basis der gesetzlichen Vorschriften durch anrechenbare Vordienstzeiten sowie durch sonstige, mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Entlohnungsbestandteile.

Kontaktinformation

Bewerbungsunterlagen mit angeschlossenem Lebenslauf sind an die

Volksanwaltschaft
Verwaltungskanzlei
Singerstraße 17
1015 Wien
va@volksanwaltschaft.gv.at

zu richten und müssen bis spätestens 22. Februar 2019 eingelangt sein. Spätere Bewerbungen bleiben unberücksichtigt.

Im Bewerbungsgesuch sind die Gründe anzuführen, welche die Bewerberin oder den Bewerberin für den gesuchten Arbeitsplatz geeignet erscheinen lassen.